

# Amerika zuerst, die UN danach

Liebe Leserinnen und Leser,

im Januar 2017 wechselten fast zeitgleich zwei bedeutsame Amtsinhaber: Mit Donald J. Trump als US-Präsident und UN-Generalsekretär António Guterres lenken nun zwei kaum unterschiedlichere Führungspersönlichkeiten die Geschicke einer Weltmacht beziehungsweise einer Weltorganisation. Zuletzt waren es im Jahr 1953 US-Präsident Dwight D. Eisenhower und UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, die zeitgleich ihre neuen Ämter aufnahmen. Die Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe blicken auf die amerikanische UN-Politik unter Trump und ziehen Zwischenbilanz, spielt das Verhältnis der USA gegenüber den UN doch nach wie vor eine gewichtige Rolle in der internationalen Politik. Angesichts zahlreicher Krisen und der »Alarmstufe Rot«, die Guterres in seiner Neujahrsrede dieses Jahres für die Welt aussprach, ist ein funktionierendes Verhältnis der USA zu den UN und umgekehrt unverzichtbar.

**Barbara Crossette** lässt das Jahr 2017 Revue passieren und zeichnet die wichtigsten Entwicklungen zwischen den USA unter Präsident Trump und UN-Generalsekretär Guterres nach. Dabei zeigt sich ganz klar, dass Trumps Prioritäten mit den mühsam erarbeiteten Prinzipien der UN oft unvereinbar sind. Dies bestätigt der ehemalige Abgeordnete der Demokraten im Repräsentantenhaus für den US-Bundesstaat Virginia **Tom Perriello** in der Rubrik »Drei Fragen an«. Er spricht darüber hinaus von widersprüchlichen Gefühlen gegenüber den Vereinten Nationen, die die amerikanische Bevölkerung seit ihrer Gründung hegt. Eine historische Kontinuität stellen zudem die Forderungen der USA nach Reformen der Weltorganisation dar. **Josef Braml** widmet sich in seiner Analyse den Hintergründen dieser gebetsmühlenartig vorgetragenen Äußerungen. Denn sie sollen letztlich sicherstellen, dass die UN ein den amerikanischen Interessen nützliches Instrument bleiben. Dies gilt offenbar nicht für den Klimaschutz: Mit dem angekündigten Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen verabschieden sich diese als einziger Staat aus der multilateralen Verantwortungsgemeinschaft. **Manuela Mattheß** entgegnet jedoch, dass der angekündigte Austritt der USA keineswegs das Ende der internationalen Klimaschutzpolitik bedeuten muss. Das Engagement amerikanischer Lokalakteure sowie der Zivilgesellschaft zeigt, dass auch andere Wege im Bereich des Klimaschutzes denkbar sind. Pessimistisch hingegen blickt **Lea-Sophie Zielinski** auf den amerikanischen Menschenrechtsschutz. Trotz der bedeutenden Rolle der USA bei der Schaffung und Stärkung des internationalen Menschenrechtsschutzes befürchtet sie, dass unter der gegenwärtigen US-Regierung Menschenrechtsverletzungen eine neue Qualität erreichen werden.



Ich wünsche eine anregende Lektüre mit kosmopolitischen Einblicken.

Patrick Rosenow,  
Leitender Redakteur